

Redemanuskript

Ratssitzung am 29. Januar 2020 (es gilt das gesprochene Wort)

Beratung über den Antrag der SPD-Fraktion zur „Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft“

Die von der SPD und den Freien Wählern aufgestellte Forderung zur Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft ist mehr als kritisch zu bewerten. Die FDP erachtet es als nicht sinnvoll, dass die Stadt Heinsberg aktiv in den Wohnungsmarkt eingreift. Gerade im Baubereich verfügt die Stadt Heinsberg über eine sehr starke private Branche. Hier würde eine städtische Wohnungsbaugesellschaft im Wettbewerb zu privaten Vermietern und Bauunternehmern stehen. **Das halten wir grundsätzlich für falsch.**

Es sprechen weitere Argumente gegen eine städtische Wohnungsbaugesellschaft wie beispielsweise:

- es wäre ein hoher Kapitalbedarf nötig (für Baukosten und Grundstücke)
- die investive Verschuldung der Stadt Heinsberg würde ansteigen
- durch den hohen Kapitaleinsatz besteht auch ein hohes Unternehmensrisiko, ohne eine angemessene Rendite zu erzielen
- oft gehen die politischen Anforderungen über den üblichen Standard hinaus
- bei nicht kostendeckendem wirtschaften würde der Haushalt belastet und dies würde zu Kürzungen in anderen Bereichen oder zu Steuererhöhungen führen
- es fehlt der Druck Gewinne zu erzielen
- ein weiteres Projektcontrolling wäre erforderlich
- es würde einen enormen Zeitaufwand bedeuten
- **und** es besteht seitens der Verwaltung keinerlei Erfahrung in diesem Bereich

FDP Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg
Girmen 29
52525 Heinsberg



*Ihre
kritische
Stimme*

Die FDP sieht die Stadt Heinsberg in der Pflicht die richtigen Rahmenbedingungen hinsichtlich Planungsvorgaben und Genehmigungsverfahren zu schaffen, statt sich unternehmerisch zu engagieren. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass dieser Eingriff nicht durchgesetzt wird.

Eines ist jedoch unbestritten: Gegen steigende Mieten hilft nur ein größeres Wohnungsangebot. Wir möchten hierfür aber auch private Investoren gewinnen. Es muss also ein größeres Angebot an Wohnungen geschaffen werden. Doch die Bürokratie ist einfach zu groß, Baugenehmigungen dauern zu lange, manche Baustandards sind einfach zu hoch (wie beispielweise überregulierte Gebäudedämmung). Das sind nur zwei Beispiele wo die Politik eingreifen kann und muss. Es braucht eine Entbürokratisierungsoffensive bei den Vorschriften und Regulierungen. Zudem wäre es wichtig die Abschreibungsrate für vermietete Gebäude zu erhöhen. Auch dies wäre enorm hilfreich. Ebenso wäre es denkbar, dass auch die Sanierung von älteren Gebäuden besser abgeschrieben werden kann. Dies würde viele kleinere private Vermieter dazu bringen, vermehrt in ältere Häuser zu investieren (insbesondere ältere Immobilien, welche meist mitten im Dorfzentrum liegen).

Meine Damen und Herren, dieses Thema beschäftigt uns zwar alle, aber wie sie meinen Ausführungen entnehmen können, ist hier der Bund gefragt und nicht die Stadt Heinsberg.

Wir werden den Antrag daher ablehnen.

David Stolz
Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion Heinsberg
Girmen 29
52525 Heinsberg

Tel.: 02452 1559071
Fax: 02452 1559072
E-Mail: david.stolz@outlook.com
Internet: www.fdp-heinsberg.de